

Postulat Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP): Tatort Internet - Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen im Umgang mit Internet

Seitdem die Medien von mehreren Fällen berichteten, in denen Kinder durch Internetbekanntschaften zum Opfer wurden, ist der Öffentlichkeit bewusst, welche Gefahren für Kinder und Jugendliche in der Benutzung des Internets bestehen. Die Eltern sind in der Regel ohne Internetzugang aufgewachsen und wissen oft nicht, welchen Gefahren ihre Kinder ausgesetzt sind. Das Internet ist eine ideale Plattform für sexuelle Übergriffe, Stalking oder Cyberbullying, d.h. Mobbing per Internet. Chaträume ermöglichen einer pädosexuellen Täterin bzw. einem pädosexuellen Täter, anonym die Tochter oder den Sohn zu kontaktieren. Die Täterinnen und Täter, die online Kontakte anbahnen, bauen perfide und strategisch eine Beziehung auf. Dies bedeutet, sie gehören nicht länger zu den „Fremden“ (Quelle: Innocence in Danger, www.innocenceindanger.de). Statistiken zeigen, dass rund 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die in Chatrooms kommunizieren, bereits sexuell belästigt wurden. Das geht von verbaler Anmache bis hin zu sexueller Ausbeutung (Quelle: www.schaugenau.ch). Die Täterschaft kann unter falscher Identität an persönliche Daten wie z.B. Namen, Wohnadresse, Telefonnummer, Schuladresse des Kindes gelangen oder die Kinder zu intimen Äusserungen bewegen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt damit zu erpressen. Aus verschiedenen Gründen sprechen die Opfer in der Regel nur wenig mit ihren Eltern oder LehrerInnen über solche Fälle. Sie haben Angst, dass die Täterschaft sie aufgrund der preisgegebenen Daten möglicherweise findet oder sie dadurch Nachteile erleiden können. Sie befürchten, aufgrund der negativen Erfahrungen unter anderem das Internet nicht mehr nutzen zu dürfen. Aber auch aus Schamgefühl ziehen die Opfer es vor, den Vorfall zu verschweigen. Besonders gefährlich kann es werden, wenn die Täterschaft das Opfer zu einem persönlichen Treffen überredet. Statistiken belegen, dass sich rund 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen tatsächlich mit den Internetbekanntschaften treffen.

Mit Aufklärung und Prävention können viele Kinder und Jugendliche geschützt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist das Problem längst erkannt worden, weshalb Kinder und Jugendliche in der Schule auf Internetgefahren vorbereitet werden.

Auf Bundesebene bestehen Bestrebungen, die Kinder und Jugendlichen unter anderem beim Umgang mit Medien zu schützen. Der Bundesrat startet zwei Programme zum Kinder- und Jugendschutz. Eines der Programme beschäftigt sich mit dem Bereich Jugendmedienschutz. Es will primär dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche Medien auf eine sichere, altersgerechte und verantwortungsvolle Weise nutzen. Eltern, Lehr- und Betreuungspersonen sollen in ihrer Begleit- und Erziehungsfunktion gestärkt werden. Hierbei sollen ihnen gezielt Informationen und Schulung angeboten werden. Der Bund wird dabei auf die bestehenden Angebote von privaten Organisationen und von Seiten der Medienbranche Bezug nehmen und mit der Wirtschaft, NGO sowie den zuständigen Stellen auf kantonaler und kommunaler Ebene kooperieren. Das Bundesamt für Sozialversicherungen wird die beiden Programme ab 2011 umsetzen. Ihre Laufzeit beträgt fünf Jahre. Nach der Programmlaufzeit werden die Ergebnisse und Wirkungen evaluiert (Quelle:

<http://www.bsv.admin.ch/aktuell/medien/00120/index.html?lang=de&msg-id=3366>). Auch in der Stadt Bern sollten die Kinder und Jugendlichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Kommunikationsmöglichkeiten im Netz sensibilisiert werden, damit der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch erhöht wird. Es ist beispielsweise denkbar, dass diese Internetgefahr anlässlich eines Besuchs eines Experten bzw. einer Expertin in

der Schule z.B. im Fach „Natur Mensch Mitwelt“ (NMM) thematisiert wird oder diese in der Schule anhand von Lehrmaterialien, welche im Internet bei diversen Organisationen angefordert werden können, behandelt wird.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat, zu prüfen und zu berichten, ob und wie die Kinder und Jugendlichen in den Schulen sowie die Eltern auf die Gefahren im Internet aufmerksam gemacht werden können.

Bern, 2. Dezember 2010

Postulat Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP), Giovanna Battagliero, Beat Zobrist, Lea Kusano, Annette Lehmann, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Guglielmo Grossi, Patrizia Mordini, Ruedi Keller, Halua Pinto de Magalhães, Tanja Walliser, Miriam Schwarz, Leyla Gül, Thomas Göttin, Silvia Schoch-Meyer

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 27. April 2011

Der Gemeinderat